Eine stürmische Landtagssitzung

Die „Sächsischen Werke" Musterbetriebe für Unternehmer. — Der deutschnationale Vizepräsident Eckardt konstruiert „Mehrheiten" für das Innenministerium. — Stürmische Proteste. — Die Sitzung zweimal aufgeflogen. — Justizaktion gegen Arbeiterrechte. — Vertagung bis 14. Juni!

Landtagssitzung vom 19. Mai 1927

Es werden zunächst die Abstimmungen vorgenommen über die in voriger Sitzung diskutierten Wohnungsbau- und Mieteranträge. Die von den Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten beantragten Wohnungsbauprogramme werden von den Regierungsparteien abgelehnt. **Auch der mit Mehrheit im Ausschuß angenommene Antrag auf Aufnahme einer 50 000 000-Anleihe für Wohnungsbau wird vom Wohnungswucherblock abgelehnt!**

Darauf wird der Besoldungsplan der Landesbrandversicherungsanstalt dem Haushaltausschuß B überwiesen.

Eine weitere Vorlage der Regierung fordert für die Sächsische Flughäfenbetriebsgesellschaft eine Subvention von 730 000.– RM. Genosse **Lieberasch** begründete den ablehnenden Standpunkt der kommunistischen Fraktion. Er bezeichnet eine solche Finanzpolitik als Korruption und weist darauf hin, daß hier dreiviertel Millionen RM für die Bourgeoisie hinausgeworfen werden sollen, während für soziale Aufgaben niemals Geld vorhanden ist. Abg. **Liebmann** erklärt für die Sozialdemokraten, daß seine Partei den gleichen Betrag bewilligen werde wie im Vorjahre, nämlich 325 000 RM. Die Vorlage wird dem Haushaltausschuß B überwiesen. Je ein kommunistischer und sozialdemokratischer Antrag, die Veranstaltungen der Arbeitergesangvereine und der Bildungsausschüsse der Arbeiterorganisationen von der Vergnügungssteuer zu befreien, werden dem Rechtsausschuß überwiesen.

Der vorige Landtag hatte einen kommunistischen Antrag angenommen, Vertreter des Arbeiterradioklubs in den Kulturbeirat für das Radiowesen aufzunehmen. Das Wirtschaftsministerium hat darauf 3 Personen berufen, von denen 2 nicht dem Arbeiterradioklub angehören. Es handelt sich dabei um Anhänger der ASPS. Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb erneut, dem Landtagsbeschlusse nachzukommen. Der Antrag geht an den Haushaltausschuß B. Ein Gesetzentwurf zur Aenderung des Gesetzes über die Altersrenten für Kleinrentner wird debattelos dem Rechtsausschuß überwiesen. Das Etatkapitel „Hochbauwesen" wird genehmigt. Bei Beratung einer Kapitalerhöhung für die Aktiengesellschaft „Sächsische Werke" im Ausschuß sind seitens der Kommunisten die Verhältnisse bei dieser Gesellschaft zur Sprache gebracht worden. Es liegen kommunistische Minderheitsanträge vor, die folgendes bezwecken:

1. Ermäßigung der Strompreise für Kleinabnehmer um 25 Prozent, 2. die Wiedereinstellung aller in Böhlen, Hirschfelde und den sonstigen Werken wegen angeblichem Arbeitsmangel entlassenen Arbeiter und Angestellten, 3. Verbot von Ueber- und Sonntagsschichten auf den der Gesellschaft gehörigen Werken, 4. unentgeltlicher Ferienaufenthalt für alle Arbeiter und Angestellten der Gesellschaft, soweit ihr monatliches Einkommen 500 RM nicht übersteigt, in einem der Gesellschaft gehörigen Erholungsheim.

Seitens der kommunistischen Fraktion spricht

Genosse Lieberasch.

Er betont zunächst, daß die Kommunisten der Kapitalerhöhung um 15 000 000 RM zustimmen. Er unterzieht dann die Verhältnisse bei den Sächsischen Werken einer scharfen, aber sachlichen Kritik und weist nach, daß die in den Staatsbetrieben durchgeführte Steigerung der Ausbeutung diese zu

Musterbetrieben für die Unternehmer

machen. So beträgt der Lohn der Bergarbeiter in Zaucherode 3,78 RM pro Schicht. So ist es zu erklären, daß viele Arbeiter diesen staatlichen „Musterbetrieben" fluchtartig den Rücken kehren. Dagegen setzt man den Aufsichtsräten nach jeder Sitzung ein „kleines Frühstück" vor, dafür hat man Geld. Die ASW besteht aus vielen einzelnen Tochtergesellschaften,

um recht viele Direktoren- und Aufsichtsratsposten vergeben zu können.

So ist es Tatsache, daß der Generaldirektor Wohrle in 18 Aufsichtsräten sitzt. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Komm.) Andere Direktoren haben 11, 8, 6, 5 und 4 Aufsichtsratsposten inne. Diese Leute haben zu jeder Sitzung ihr Festessen und verdienen pro Jahr von 40 000 RM bis 120 000 RM. (Stürmisches Hört, hört! b. d. Komm.) Diese ASW ist tatsächlich keine „Versorgungsanstalt für Arbeiter", sondern für Unternehmerknechte und Verräter; denn für die Leute, die sich durch den Verrat ihrer ehemaligen Klassengenossen „Verdienst" gegenüber der herrschenden Klasse erworben haben

für ASPS-Renegaten sind die Sächsischen Werke Versorgungsanstalten.

(Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Komm.) Hier kann und muß gespart werden! Fort mit den einzelnen Schachtelgesellschaften, die Riesensummen für Verwaltungsgelder verschlingen und dafür Ausbau der Wohlfahrtseinrichtungen, die ganz und gar nicht mustergültig sind. Deshalb fordern wir den unentgeltlichen Ferienaufenthalt für die Arbeiter und Beamten. Auch die Scharfmachermethoden der Leitungen gegen Arbeiterrechte müssen beseitigt werden.

Betriebsräte sind mit an den Haaren herbeigezogenen „Gründen" entlassen worden.

Auf der anderen Seite lehnt die Direktion die Verfolgung von Diebstählen eines Stahlhelmmitgliedes ab, das sie ihrerseits mit der Bewachung der Arbeiter beauftragt. **Ein Direktor aber kann auf Grund und Boden der ASW einen Tennisplatz und eine Theaterbühne für sich bauen lassen.** Dieser Diebstahl am Staatseigentum wird nicht verfolgt. Diese unwürdigen Zustände müssen aufs schärfste überall bekämpft werden. Die Sozialdemokraten aber erklären, die Arbeitervertreter im Parlament könnten nicht alle Arbeiterfragen aufrollen und zu regeln versuchen, dazu seien die Gewerkschaften da. Die Unternehmer jedoch nutzen rücksichtslos ihre parlamentarische Vertretung zum Ausbau ihrer Klassenherrschaft aus. Das zeigt, daß die ausweichende Haltung der Sozialdemokraten in den einzelnen Fragen eine **tatsächliche Unterstützung dieser Herrschaft darstellt.** (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Komm. Widerspruch b. d. Soz.) Die Gewerkschaftsvorstände aber haben selbst die Parlamente gegen die Arbeiterforderungen mobilisiert, als diese die Sicherheit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft gefährdeten. Wir Kommunisten betrachten unsere Aufgabe im Parlament darin, alle Arbeiterfragen zur Entscheidung zu stellen und an Hand dieser Stellungnahme den Arbeitern zu zeigen, daß sie allein ihre Rechte erkämpfen können gegen die bürgerlichen Parlamente und deren Verteidiger und Stützen! (Lebhaftes Bravo! b. d. Komm.)

In der Abstimmung werden alle kommunistischen Anträge abgelehnt. Die Sozialdemokraten stimmen mit dem Bürgerblock gegen die Herabsetzung der Strompreise und den Ferienaufenthalt. Der Antrag gegen die Ueberstunden und Sonntagsschichten wird vom Bürgerblock mit Hilfe der ASPS abgelehnt.

Bei der Berichterstattung über das Kapitel „Innenministerium" betont Genosse **Böttcher**, daß dieses Kapitel angesichts der fälligen Regierungsbildung eine glatte Blankovollmacht darstellt, da dieses Ministerium am 1. Juni in andere Hände, wahrscheinlich in die der Volkspartei übergehen wird. (Widerspruch Blühers. Darauf Böttcher: „Sie haben ja genug zu tun, um den Scherbenhaufen ihrer Koalition zusammenzuleimen!") Der geplante Abbau der Minister stößt bei den Konkurrenzkämpfen auf Widerstand. Heldt hat ja seine Pension — mit diesem Judaslohn setzt er sich zur Ruhe. Die Führung wird die Volkspartei halten, Eisner bleibt als Handlanger in der Regierung. Und der Kurs ist und bleibt so reaktionär wie zuvor. Der Fall **Soermus** zeigte ja, daß nach wie vor die Methoden des Polizeistaates herrschen. Wir lehnen das Kapitel ab. Die Arbeiter sollten rechtzeitig erkennen, daß verschärfter Druck diesen Landtag und seine Regierung beseitigen muß. (Bravo b. d. Komm.)

Der Sozialdemokrat Liebmann erklärt, daß die Sozialdemokraten das Gehalt des Ministers ablehnen, dem Kapitel jedoch zustimmen. Bei der ersten Abstimmung ist tatsächlich keine Mehrheit für das Gehalt des Ministers vorhanden. Trotzdem erklärt der Vizepräsident Dr. Eckardt im Namen des Präsidiums das Gehalt für bewilligt. Es fehlen mehrere Abgeordnete der Rechten. Darauf wird namentlich abgestimmt. Währenddessen holt die Rechte ihre Leute herein, so daß schließlich das Gehalt mit 47 gegen 45 Stimmen bewilligt wird. Das Resultat wird von der „Linken" mit stürmischem Protest aufgenommen, der von wüstem Lärm der Rechten begleitet wird. Genosse **Böttcher** kennzeichnet die Haltung des Präsidiums — einschließlich der sozialdemokratischen Mitglieder — als Stützung des Bürgerblocks. Präsident Schwarz verteidigt sich und erklärt, es hätte nur eine Deutschnationale Bültmann gefehlt.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Genosse **Renner** stellt fest, daß die Abgeordnete Bültmann, der Abgeordnete Lauterbach, der Abgeordnete Bauer und der Abgeordnete Kunath gefehlt haben. Diese Tatsache hat der Vizepräsident verheimlichen wollen. Das Kennzeichnende ist, daß diese Regierung so „fest" steht, daß das Fehlen eines Abgeordneten ihren Bestand in Frage stellt. Es wird höchste Zeit, daß diese „stabile" Regierung gestürzt wird! Da die Erregung sich nicht legt, benutzt der Vizepräsident Dr. Eckardt die Gelegenheit, die Sitzung um eine halbe Stunde zu vertagen.

Die Sitzung fliegt das zweitemal auf!

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wiederholt sich das Schauspiel. Die Abstimmung über das Gesamtkapitel findet wieder tatsächlich keine Mehrheit des Bürgerblocks, da die Sozialdemokraten, entgegen ihrer sonstigen Haltung, mit den Kommunisten gegen das Gesamtkapitel stimmen. Wieder erklärt Vizepräsident Dr. Eckardt das Kapitel für angenommen. Bei dieser erneuten Provokation erhebt sich ein ungeheurer Entrüstungssturm bei den Kommunisten und Sozialdemokraten. Die kommunistischen Abgeordneten umstellen das Präsidium. **Dr. Eckardt schließt darauf den Abgeordneten Ferkel (Soz.) aus und droht mit Ausschluß weiterer Abgeordneten der Sozialdemokraten und Kommunisten.** Da daraufhin der Sturm der Empörung sich natürlich steigert, hebt Dr. Eckardt wieder die Sitzung auf und beruft den Aeltestenausschuß zusammen. Die Tribüne steht sichtlich unter dem Eindruck dieses Musterbildes der Heiligkeit des bürgerlichen Parlamentarismus. Ueber eine Stunde dauert die Beratung des Aeltestenausschusses an. Diesmal eröffnet Schwarz die Sitzung und erklärt, daß der Aeltestenausschuß **mit Mehrheit** die Haltung des Vizepräsidenten Dr. Eckardt gebilligt habe. (Stürmisches Gelächter und Zurufe links.) Weiterhin erklärt das Präsidium diese Sitzung für geschlossen und setzt die zweite Sitzung auf eine Viertelstunde später an. Dieser groteske Vorgang hat folgende Ursache: Der Abgeordnete Ferkel ist für eine Sitzung ausgeschlossen worden. Da die „Linke" dies als Willkürakt der Mehrheit zum Zwecke der Beeinflussung der Abstimmung bezeichnet und mit aktivem Widerstand droht, wird zwar der Ausschluß für diese eine Sitzung aufrechterhalten, aber eine „völlig neue" angesetzt, an der nunmehr der Abgeordnete Ferkel wieder teilnehmen kann. Parlamentarisches Komödienspiel . . . . . .

Die 2. Sitzung

Schwarz eröffnet die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Schriftführer Mucker (Soz.), daß seiner Feststellung nach zurzeit der Anwesenheit von 45 Abgeordneten der Rechten auch 45 Abgeordnete der Linken anwesend waren. Edel (Soz.) stellt daraufhin fest, daß damit die Tatsache vorliegt, daß das Kapitel mit 45 gegen 45 Stimmen abgelehnt worden sei. Obgleich Bethke einen neuen Skandal zu provozieren versucht, wird nochmals die Abstimmung namentlich wiederholt.

Das Kapitel wird nunmehr mit 48 gegen 43 Stimmen genehmigt.

Gegen die Justizaktion gegen die Gewerkschaften

hat die kommunistische Fraktion einen Antrag eingebracht, den

Genosse Nagel

begründet. Auf Antrag der Firma „Sächs. Wollgarnfabrik, vorm. Titel u. Krüger" in Leipzig hat die 4. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig einen Beschluß gefaßt, der dem Textilarbeiterverband Leipzig und dem Gewerkschaftssekretär Panzer unter Androhung von Geld- oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten verbietet, einen bei der Firma eingeleiteten Streik in irgendeiner Weise zu unterstützen oder die Arbeiter zur Arbeitsniederlegung aufzufordern oder zu ermuntern. Gen. **Nagel** weist an Hand der Klageerhebung gegen den Kämpfer wegen der Aufforderung zum Kampf für den Achtstundentag nach, daß es sich hier um einen systematischen Angriff gegen das Koalitions- und Streikrecht handelt. Die Arbeiter aber wurden schon vor der Urteilsverkündung auf die Straße geworfen. Die betreffende Firma hat die „Begründung" dieses verfassungswidrigen Urteils in den bürgerl. Tageszeitungen veröffentlicht, einschl. der Leipziger Volkszeitung. Dieser Vorstoß hat die Empörung der gesamten Bevölkerung hervorgerufen. Die Kommunisten fordern deshalb die Aufhebung dieses Beschlusses durch das Justizministerium, weiterhin die Unterbindung alles, was Arbeiter und Angestellte in der Ausübung der Koalitionsfreiheit behindert, und die Richter wegen Rechtsbeugung zur Verantwortung zu ziehen.

Bünger lehnt es ab, sich in diese Sache einzumischen, er stützt sich dabei bezeichnenderweise auf die Leipziger Volkszeitung, deren „sachliche Kritik" er lobt. Man müsse die Regelung den Gerichten überlassen, vor die Bünger sich stelle, obgleich er nicht entscheiden könne, wer im Rechte sei. Der Sozialdemokrat Müller, Mittweida, schließt sich dem Antrage an, umgeht aber bezeichnenderweise die Stellungnahme der Volkszeitung.

Genosse **Böttcher** wendet sich scharf gegen die Ausreden Büngers. Der Fall sei ein Symptom.

Deshalb muß die Arbeiterschaft bei jedem dieser Fälle sofort und mit aller Schärfe Front machen.

Der Angriff gegen das Koalitionsrecht mit Hilfe des bürgerlichen Justizapparates durch das Monopolkapital zeigt die ungeheure Gefahr, amerikanische Verhältnisse in den Wirtschaftskämpfen Deutschlands einzuführen. Die Einführung des Systems der Betriebspitzel und Pinkertons war der Anfang, jetzt tritt die Justiz wie in Amerika in den Dienst des Monopolkapitals. Das englische Antistreikgesetz findet bereits schärfsten Widerspruch der Gewerkschaften. Wo aber bleibt der deutsche ADGB und die deutschen Gewerkschaftsführer? Die Arbeiterschaft muß mit straffster Organisierung antworten. Starke Organisationen, die klassenbewußt geführt werden und bei denen alle arbeitsfriedlichen volksgemeinschaftlichen Tendenzen rücksichtslos bekämpft und erstickt werden, sind imstande die Rechte der Arbeiter zu wahren. **Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein!** (Lebhaftes Bravo! b. d. Komm.) Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Bei einem Antrage Arzt auf Aufrechterhaltung des Nachlasses für Krankenkassen durch Aerzte und Zahnärzte beantragt Genosse Dr. **Schminke** die Aufhebung des Abschlages von 20 Prozent unter der Voraussetzung, daß die freie Arztwahl allgemein eingeführt wird, daß weiterhin keine Erhöhung der Beiträge und Herabsetzung der sozialen Lasten eintreten darf. Die Aufhebung des Abschlages darf aber nur für Aerzte eintreten, welche unter 7000 RM Jahreseinkommen haben.

Der Aufwerter Dr. v. Fumetti hat einen Zusatzantrag eingebracht, der die Regierung ersucht, sich in Berlin für die freie Arztwahl einzusetzen.

Die Sozialdemokraten wenden sich gegen die freie Arztwahl.

In der Abstimmung wird der kommunistische Antrag abgelehnt. Der Zusatzantrag v. Fumetti, der das Eintreten für die freie Arztwahl fordert, wird gegen die Sozialdemokraten und ASPS angenommen. Nunmehr wird die Sitzung abgebrochen. Die nächste Sitzung findet am 14. Juni statt.

Der Bruch in der SAJ

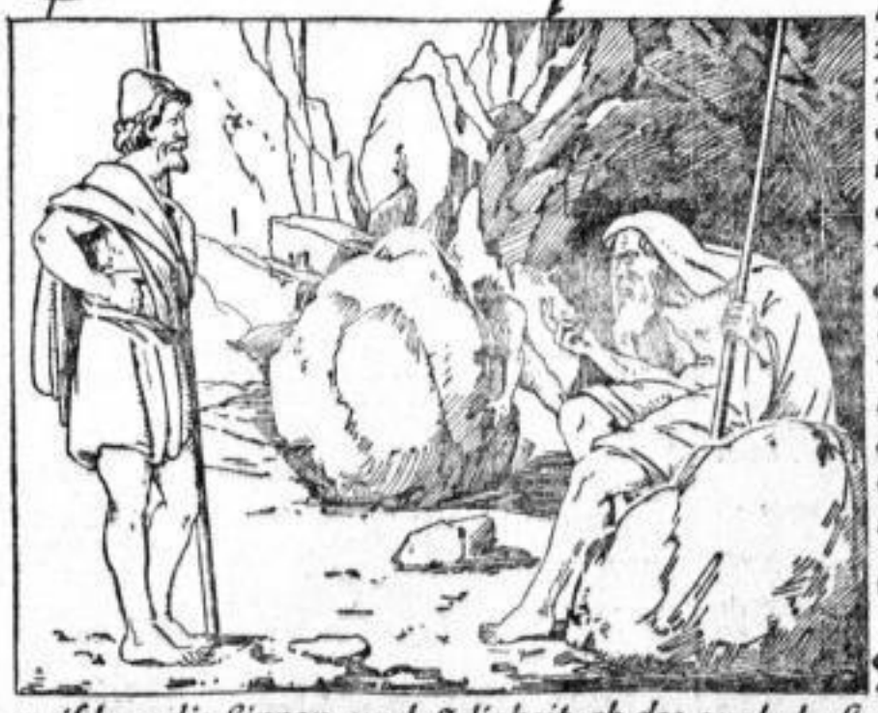
In der außerordentlichen Generalversammlung der SAJ in Lübeck wurden sechs oppositionelle Funktionäre mit knapper Mehrheit bei vielen Stimmenthaltungen **ausgeschlossen.** Viele Anwesende solidarisierten sich mit den Ausgeschlossenen und verließen mit ihnen die Generalversammlung.

Eine Mitgliederversammlung der SAJ in Frankfurt a. M. beschloß mit 45 gegen 24 Stimmen den Ausschluß des Jugendgenossen Holl, weil er am 1. Mai mit der Kommunistischen Jugend demonstrierte.

Die Seipelregierung zurückgetreten

Der Oesterreichische Nationalrat hat die Demission der Regierung Seipel zur Kenntnis genommen. Seipel wird wahrscheinlich auf Antrag des Hauptausschusses erneut mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Heute findet die Neuwahl der Regierung statt.

Tantalusqualen müssen alle Menschen leiden, denen ihre Lieblings-Zigarette ausgegangen ist. Das erfuhr auch Odysseus, als er der Unterwelt seinen bekannten Besuch machte, um von dem erfahrenen Raucher und weisen Tabakexperten Tiresias die besten Tabakplantagen Kleinasiens zu erkunden. Der vorsorgliche Odysseus konnte hier aber auch Segen stiften, denn sobald er sah, welche Qualen Tantalus leiden mußte, steckte er ihm eine duftende



Greiling-Schwarz-Weiß zu 4 ₰

zwischen die Lippen, und Seligkeit, ob des wahrhaft olympischen Aromas, verklärte die Züge des Dulders. Ebenso beglückte Odysseus auch den Sysyphus, der ewig den bekannten Stein wälzt, mit diesem Genuß. Und der kluge Weltkenner Tiresias nickte wohlgefällig und sagte zu Odysseus: „Was ist Greiling-Schwarz-Weiß?" Der Glückstraum der Menschheit zwischen den Widerwärtigkeiten des Lebens, das holdeste und erquickendste Labsal für alle Sysyphusse und Tantalusse von Homer bis ins 20. Jahrhundert.